



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](https://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

17. Jahrgang, Nummer 05 / 2020

\*\*\*\*\*

### *Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,*

eigentlich gab es den Plan, kurz vor Weihnachten einen BBU-Newsletter nur mit „guten“ Nachrichten zu veröffentlichen. Am Ende des Corona-Jahres hätte das ein geballter Lichtblick werden können. Doch leider sind die guten Nachrichten im Umweltbereich nicht so häufig wie der berühmte Sand am Meer. Und als uns dann auch noch die Nachricht erreichte, dass Raschid Alimov (Greenpeace Russland) mit erst 40 Jahren an Corona gestorben ist, war an einen Newsletter nur mit guten Nachrichten nicht mehr zu denken (siehe unten).

Es bleibt die Hoffnung auf ein möglichst gutes Jahr 2021. Im Umweltbereich wird wieder viel Engagement nötig sein, um Erfolge erzielen zu können, doch es lohnt sich! Die Arbeit in und mit Bürgerinitiativen wird extrem wichtig bleiben, ebenso die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung.

Bitte unterstützt dabei gerade jetzt auch wohlwollend die Arbeit des BBU mit einer kleinen oder großen Spende. Nur wenn uns als bundesweitem Dachverband der Rücken gestärkt wird, können wir den Gruppen vor Ort, aber auch den aktiven Einzelpersonen, die sich vielfältig für den Umweltschutz einsetzen, engagiert und tatkräftig beistehen.

#### **BBU-Spendenkonto:**

**Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705  
0198 0019 0026 66, SWIFT-BIC:  
COLSDE33. Stichwort: Weihnachten 2020**

Und wer 2021 eine neue Bürgerinitiative gründen möchte, kann dazu gerne von uns Anregungen und Hilfestellungen bekommen. Bei Interesse bitte melden. Und Initiativen, die noch keinem Dachverband



angehören, können gerne dem BBU beitreten (gilt auch für Privatpersonen, Bioläden, ökologisch arbeitende Handwerksbetriebe, Jugendgruppen etc.) Aufnahmeanträge findet man unter <https://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>

*Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch angenehme Weihnachtstage, einen ruhigen Jahresausklang und ein gesundes neue Jahr 2021.*

### **Aus Vorstand und Geschäftsstelle**

#### **Aktuelle Informationen des BBU ...**

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen oder Aktionsvorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de)

**An alle BBU-Mitglieder:** In diesen Tagen müsste „echte Weihnachtspost“ des BBU bei Euch ankommen. Bitte teilt der BBU-Geschäftsstelle möglichst zeitnah neue Anschriften, Telefonnummern, Mail- und Internetadressen sowie ggf. neue Kontaktpersonen / Vorstände (Bürgerinitiativen / Verbände) mit, damit euch auch 2021 unsere Infos bestmöglich erreichen können. Vielen Dank!

Falls Ihr (BBU-Mitglieder, Mitglieder von BBU-Mitgliedsgruppen und BBU-FreundInnen) zum Jahreswechsel einen **Stromwechsel** plant, beachtet bitte die BBU-Kooperation mit EWS. Mehr dazu unter <https://bbu-online.de/EWS/EWS1.htm>. Bei möglichen Fragen bitte an die BBU-Geschäftsstelle wenden.

## Themenbereiche

### Anlagensicherheit

#### **Die Bürgerinitiative gegen Ethylenoxid (Niederkassel)**

Die Bürgerinitiative ist ein Zusammenschluss von Bürgern der Stadt Niederkassel mit dem Ziel die Sicherheit und Wohnqualität in der Stadt auf gleich hohem Niveau zu halten. Dieses Ziel steht unserer Meinung nach im krassen Widerspruch zur Ansiedlung einer Ethylenoxid-Produktionsanlage und fünf weiterverarbeitenden Industrieanlagen von Partnerunternehmen. Daher lehnen wir den Bau derartiger Anlagen kategorisch ab.

Unsere Ziele im Überblick:

1. Bürger informieren und Intransparenz ausgleichen
2. Verhinderung einer Störfallanlage der oberen Klasse in dicht besiedeltem Wohngebiet
3. Bürger und Natur vor zusätzlicher Umweltbelastung schützen

Die Bürgerinitiative hat sich zur Aufgabe gemacht, vollumfänglich über die Gefahren und Auswirkungen einer möglichen Anlage zu informieren und die fehlende Transparenz durch PCC auszugleichen. Desweiteren möchten wir die Möglichkeit einer Bürgerbeteiligung im Genehmigungsverfahren bei der Bezirksregierung Köln intensiv nutzen, und das in Zusammenarbeit mit den Anwohnern, der städtischen Verwaltung sowie Parteien und Vereinen.

Bisher konnte PCC nicht unser Vertrauen gewinnen. Die Darstellung des Unternehmens auf der Informationsveranstaltung hat mehr Zweifel geweckt als ausgeräumt. Die versprochene Transparenz und offene Kommunikationspolitik wurden bisher nicht eingehalten, da z.B. Nachfragen von Bürgern nicht inhaltlich beantwortet und Informationen zum aktuellen Stand der Planung nicht geteilt werden. Die Gewinnorientierung ist dem Unternehmen unserer Meinung nach wichtiger, als die Bedenken der Anwohner auszuräumen.

Mit dem Projekt sind erhebliche Zusatzbelastungen für die Bürger und die Umwelt verbunden. Ein erhöhtes Verkehrsaufkommen auf der Straße, der Schiene und im Wasser mit hochgiftigen Stoffen, zusätzlichem CO<sub>2</sub>-Ausstoß, Lärmbelastung, Flächenversiegelung, Luft- und Lichtemissionen sowie ein großer Einschnitt in die Landschaft durch zwei 58 m hohe Türme, wären die Folge.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.eo-nein-danke.de> Die BI ist in 2020 dem BBU beigetreten.

### Atomenergie

#### **Mehr als ärgerlich: Verstrahltes Geld**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bedauert, dass das Bundesverfassungsgericht der Atomindustrie den Rücken gestärkt hat. „Die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken und die damit verbundene Atommüllproduktion hätte nie erfolgen dürfen. Dass enorme finanzielle Ausgleichszahlungen für den zwingend notwendigen Atomausstieg eingeklagt werden, ist unfassbar“, kritisiert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

In einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, die im BBU organisiert ist, heißt es aktuell dazu: „Der schwedische Stromkonzern Vattenfall will höhere Ausgleichszahlungen für den Atomausstieg in Deutschland. Eine Vattenfall-Klage vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) war jetzt erfolgreich, der Erste Senat des BVerfG beanstandete handwerkliche Fehler, die die Entschädigungszahlungen für den beschleunigten Atomausstieg regeln sollten. „Das ist mehr als ärgerlich“, merkt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) an.“ Die Auffassung der Bürgerinitiative, dass das Ganze „mehr als ärgerlich“ ist, wird vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz voll und ganz unterstrichen.

Hier der vollständige Text der Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg:

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2020/11/12/verstrahltes-geld>

BBU-Pressemitteilung vom 13.11.2020

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202020/13.11.20.pdf>

#### **Fragen zur Atommüll-Endlagersuche im Münsterland an den Kreistag**

Der Sprecher der BI-Ahaus hat im Auftrag der BI Fragen an den Kreistag des Kreises Borken gesandt. Rechtzeitig zur Dezembersitzung, die am 17.12. ausnahmsweise in der Stadthalle Ahaus durchgeführt wird, wurden zwei Fragen zu den Aktivitäten des Kreises bezüglich der Endlagersuche im Münsterland gestellt.

#### **Fragen:**

1. Wie beteiligt sich der Kreistag / Kreis Borken an der sog. Öffentlichkeitsbeteiligung, wie bereitet er sich auf die möglichen Fachkonferenzen Teilgebiete vor, welche Expertise bindet er in die Beteiligung ein und werden die knapper werdenden Trinkwasserressourcen geschützt?

- Wie öffnet der Kreis den Beteiligungsprozess für interessierte Bürger/innen, welche Formate, Hilfen und Expertise stellt er den Bürger/innen zur Verfügung und /oder nimmt er an der von der Bürgerinitiative initiierten „Fachkonferenz Teilgebiet Münsterland“ teil?

Die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ e.V. hat über 40 Jahre Erfahrung im Umgang mit den Akteuren der Atommülllagerung. Sie hat wegen der extrem kurzen Fristen unverzüglich eine „Fachkonferenz Teilgebiet Münsterland“ initiiert. Die nächste Online-Konferenz zu der alle eingeladen sind, ist für Mitte Januar 2021 geplant.

Pressemitteilung der BI „Kein Atommüll in Ahaus“ vom 15.12.2020., Quelle: <https://www.bi-ahaus.de>

### Gorleben: Gefährliches Spiel

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hatte angekündigt, dass nach dem Aus für die Endlagerpläne in Gorleben ein Betriebsplan erarbeitet würde, um den ehemaligen Standort für die Lagerung hochradioaktiver Müll zurückzubauen und zu verschließen. Rund zwei Jahre, so die BGE, würde man dafür bestimmt brauchen.



Doch die CDU im Ostkreis Lüchow-Dannenberg strebt eine Nachnutzung des Endlagerbergwerks in Gorleben an. Von einem Heilstollen unter Tage im Salz bis hin zu einem Wasserstofflager reichen die Vorschläge. Auf keinen Fall sollten die in Gorleben getätigten Ausgaben umsonst gewesen sein, die CDU möchte eine Debatte um die Nachnutzung anschieben.

Ideologische Gründe, so die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), seien es nicht, die hinter der BI-Forderung nach der Wiederherstellung einer „grünen Wiese“ stünden.

„Es gab in der Vergangenheit bereits

Planspiele, was aus dem Bergwerk werden sollte, würde sich die Nichteignung des Salzstocks Gorleben-Rambow als Lager für hochradioaktive Abfälle herausstellen, erinnert die BI: „Eine mögliche Giftmülldeponie war im Gespräch. Auch die Einlagerung der Abfälle aus der havarierten Atommülldeponie Asse II nach deren Bergung wurde als kleineres Übel gepriesen.“

Auf diesem Hintergrund sei die Offenhaltung des Endlagerbergwerks für welche Zwecke auch immer ein „gefährliches Spiel“, zumal völlig ungeklärt ist, wo die schwach- und mittelaktiven Abfälle aus der Asse II und die Abfälle aus der Urananreicherung in Gronau eines Tages deponiert werden, im Schacht Konrad bei Salzgitter dürfen sie nicht eingelagert werden.

BI-Sprecher Wolfgang Ehmke warnt: „Das Standortauswahlgesetz ist nicht in Stein gemeißelt. Der Bundestag kann es entsprechend modifizieren. Deshalb wollen wir kein Türchen offenlassen.“

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., 15. Dezember 2020

Quelle und weitere Informationen zum Themabereich Atommüll und Endlagersuchverfahren:

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2020/12/15/gefaehrliches-spiel>

<https://www.aq-schacht-konrad.de>

[https://www.endlagersuche-infoplattform.de/webs/Endlagersuche/DE/Fachkonferenz/fachkonferenz\\_node.html](https://www.endlagersuche-infoplattform.de/webs/Endlagersuche/DE/Fachkonferenz/fachkonferenz_node.html)

<http://www.atommuellkonferenz.de>

### Informationen des Aktionsbündnis‘ CASTOR-Widerstand Neckarwestheim

Liebe Atomkraftgegner\*innen, liebe Energiewender\*innen,

stellen wir uns darauf ein: das Thema Atom-, Kohleausstieg und Klärung der weiteren regenerativen, dezentralen Energiewende - es ist noch lange nicht vorbei!

Die wichtigsten Pfeiler der Energiewende waren und sind Wind und Sonne. Sie stehen allen kostenlos und umweltverträglich zur Verfügung. Ihre Nutzung darf nicht weiter eingeschränkt werden, darf nicht zur nur noch käuflichen Ware der Energiekonzerne werden. Klimaschutz ist nur durch eine regenerative Energiewende möglich. Atomenergie ist keine Alternative, die Nutzung der Fossilen bei der Strom- und Wärmezeugung muss rasch beendet werden. Diese Auseinandersetzungen müssen wir im Jahr 2021 weiter aktiv führen.

Bleibt gesund und aktiv! Herzliche Einladung für das Jahr 2021:

\*\* Sonntag, 07.02.21 - um 14 Uhr nächster Protest- und Info-Sonntagsspaziergang

\*\* Sonntag, 07.03.21 - 13 Uhr Fukushima Demo in Neckarwestheim, Treff Bhf. Kirchheim/N.

\*\* Sonntag, 08.05.21 – 14 Uhr, weiterer Protest- und Info-Sonntagsspaziergang

Infos dazu jeweils auf unserer Homepage: <https://neckarwestheim.antiatom.net>

Aus einer Rundmail des Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim vom 16.12.2020



## Friedensbewegung

### **Nein zur Kampfdrohnenbeschaffung ist ein Erfolg der Friedensbewegung**

Das Netzwerk Friedenskooperative begrüßt die Entscheidung der SPD-Bundestagsfraktion, die Entscheidung über die Anschaffung bewaffneter Drohnen zu vertagen. Die Friedensbewegung kritisierte bereits in der Vergangenheit, dass in der Drohnendebatte wichtige Stimmen, wie etwa Betroffene von Drohnenkriegen, nicht angehört wurden. Die ergebnisoffene Weiterführung wird das Netzwerk Friedenskooperative und die Friedensbewegung nutzen, um weiterhin Druck gegen die Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr zu machen.

„Es ist begrüßenswert, dass sich die SPD gegen die Anschaffung der Kampfdrohnen gestellt hat. Große Teile der Zivilgesellschaft verfolgen die immer neuen Aufrüstungspläne der Bundesregierung mit großer Skepsis.“, betont Philipp Ingenleuf vom Netzwerk Friedenskooperative. „Das Nein der SPD ist ein großer Erfolg der Friedensbewegung und bestätigt den Aufwind der Bewegung, die in den letzten Jahren stetig Zuwachs bekommen hat. Besonders in der aktuell schwierigen Situation ist es für viele Menschen nicht mehr akzeptabel, dass immer weiter aufgerüstet wird, obwohl das Geld viel dringender in zivilen Bereichen eingesetzt werden müsste, um die Folgen der Coronapandemie aufzufangen.“, so Ingenleuf weiter.

„Wir begrüßen die Entscheidung der SPD-Fraktion. Die Entscheidung ist ein Gewinn für das Völkerrecht und ein Halteschild auf dem Weg zur autonomen Kriegsführung, für die bewaffnete Drohnen der Türöffner sind“, erklärt Susanne Grabenhorst, Vorsitzende der ärztlichen Friedensorganisation IPPNW und Mitglied im Arbeitskreis Drohnen.

In den vergangenen Monaten gab es vielfältige Aktionen der Friedensbewegung, mit denen die Bewaffnung von Bundeswehrodrohnen problematisiert wurde. Dazu gehörte u.a. ein Drohnen-Hearing, an dem sich auch Bundestagsabgeordnete von SPD, Grünen und Linken beteiligten. Das Netzwerk Friedenskooperative stellte verschiedene Mailaktionen über die Plattform [www.lobbying4peace.de](http://www.lobbying4peace.de) bereit, an denen sich mehrere Tausend Menschen mit Mails an ihre Abgeordnete beteiligten.

Aus einer Pressemitteilung des Netzwerkes Friedenskooperative vom 16.12.2020. Quelle und vollständiger Text: <https://www.friedenskooperative.de/kampfdrohnen-erfolg-der-friedensbewegung>



## Klimaschutz

### **Abschaltung des Kohlekraftwerks Moorburg ist ein Erfolg für den Klimaschutz. Aus für Kraftwerk belegt gravierende Fehlentscheidung des Energiekonzerns und des Hamburger Senats**

Der Hamburger Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) begrüßt die heute von der Bundesnetzagentur verkündete Abschaltung des Kohlekraftwerkes Moorburg. Der Energiekonzern Vattenfall hatte sich an der ersten Ausschreibungsrunde auf Grundlage des Kohleausstiegsgesetzes beteiligt und nun den Zuschlag erhalten. Bereits ab dem 01.01.2021 darf kein Strom mehr aus dem Kraftwerk verkauft werden. Bereits verkaufte Strommengen dürfen noch bis Mitte 2021 produziert werden, die Kohleverfeuerung wird also verpflichtend zur Jahresmitte eingestellt. Die Bundesnetzagentur zieht mit der heutigen Entscheidung deutschlandweit eine Kraftwerksleistung von insgesamt 4.787 MW aus 11 Kraftwerken aus dem Markt, allein das Kohlekraftwerk Moorburg ist daran mit 1.600 MW beteiligt. Für den Klimaschutz bedeutet dies, dass bis zu acht Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> weniger in die Atmosphäre geblasen werden.

Aus einer Pressemitteilung des BUND Hamburg vom 01.12.2020. Vollständiger Text: <https://www.bund-hamburg.de/service/presse/detail/news/abschaltung-des-kohlekraftwerks-moorburg-ist-ein-erfolg-fuer-den-klimaschutz>

Auch der BBU hat sich immer wieder zum Thema Kohlekraftwerk Moorburg zu Wort gemeldet:

<https://www.fr.de/wirtschaft/hohe-auflagen-hamburg-moorburg-11569118.html>

<https://www.landesnachrichtenportal.de/bbu-fur-kommunale-energieversorgung-in-hamburg-berlin-und-anderswo>

### **Fünf Jahre Pariser Klimaabkommen: Luftverkehrswirtschaft muss endlich Beitrag zum Klimaschutz leisten!**

Am 12. Dezember 2015 haben sich 195 Vertragsparteien in Paris darauf verständigt, die Erderwärmung deutlich unter 2°C zu halten und weitere Anstrengungen zu unternehmen, um den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen.

Zur Bewertung der seitdem unternommenen Schritte zur Erreichung der vereinbarten Ziele erklärt der Präsident der Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF), Carl Ahlgrimm: „Leider müssen wir nach fünf Jahren

feststellen, dass es in den meisten Staaten und Branchen am entschiedenen Willen fehlt, den Zielen von Paris konkrete Umsetzungsschritte folgen zu lassen. Das gilt auch für die Luftverkehrsbranche, die zwar nicht Hauptverursacher der CO<sub>2</sub>-Emissionen ist, aber mit fünf Prozent einen bedeutsamen Anteil an klimaschädlichen Gasen aufweist.“ Der Corona-bedingte Rückgang des Luftverkehrs sollte zum Anlass für einen klimaverträglichen Umbau der Luftverkehrswirtschaft genommen werden. „In einer mobilen Welt wird es auch in Zukunft notwendig sein, dass Menschen fliegen. Allerdings sollte Flugverkehr überall dort vermieden werden, wo es vertretbare Alternativen gibt,“ so Ahlgrimm. Dies gelte für Kurzstreckenflüge. Deren Ziele seien heute annähernd so gut mit der Bahn erreichbar. Für alle anderen Flüge müsse gelten, dass der Luftverkehr die von ihm verursachten Kosten der Umwelt- und Gesundheitsbelastung selbst tragen müsse. Das bisherige Geschäftsmodell mit ruinösen Dumpingpreisen zu Lasten der Umwelt, der Beschäftigten und der Steuerzahler müsse überwunden werden.

Die Bundesvereinigung gegen Fluglärm erneuert deshalb ihre Forderung, alle klimaschädlichen Subventionen zu streichen. Nach einer Studie der Organisation werde der Luftverkehr jährlich mit mehr als 12 Milliarden € unterstützt, wovon Nichterhebung der Mineralölsteuer auf Kerosin den höchsten Anteil ausmache. „Diese klimaschädlichen Subventionen sind mit den Zielen von Paris nicht vereinbar,“ kritisiert die Organisation. Die Bundesregierung und die Europäische Union müssen diese Praxis beenden. Stattdessen müsse der Luftverkehr mit allen Klimaeffekten in das System der CO<sub>2</sub>-Bepreisung einbezogen werden. Weitere Staatshilfen für Flughäfen und Airlines, wie sie von der Branche angesichts der Corona-Pandemie gefordert werden, sind mit den Klimazielen nicht vereinbar.

Pressemitteilung der Bundesvereinigung gegen Fluglärm vom 08.12.2020. Quelle und weitere Informationen: <https://www.fluglaerm.de/presseinfos>

## Landwirtschaftspolitik

### **"Wir haben es satt!"-Protest: "Agrarindustrie abwählen!" Corona-gerechter Protest für Agrarwende am 16.01.21 in Berlin / Teilnahme von Zuhause durch „Aktion Fußabdruck“ möglich**

Am 16. Januar 2021 findet der nächste große Protest für die Agrar- und Ernährungswende in Berlin statt. Das „Wir haben es satt!“-Bündnis, das normalerweise Zehntausende zum Auftakt der „Grünen Woche“ auf die Straße bringt, protestiert dieses Mal Corona-gerecht im Regierungsviertel. Selbstgemalte Schilder, kreative Kostüme und starke Botschaften – so verleiht die Bewegung für die Agrarwende ihren Forderungen bei einer Kundgebung vor dem Kanzleramt Nachdruck.

Aufgerufen von rund 60 Organisationen aus Landwirtschaft und Gesellschaft fordern die Protestierenden – natürlich mit Maske und genug Abstand – im Januar eine zukunftsfähige Agrarpolitik. Die Protestveranstaltung, die zum Auftakt des Superwahljahres mit sechs Landtags- und der Bundestagswahl stattfindet, steht unter dem Titel: „Agrarindustrie abwählen – Agrarwende lostreten!“ Für alle, die eine weite Anreise hätten, hat sich das Bündnis eine besondere Mitmach-Möglichkeit überlegt: Die „Aktion Fußabdruck“. Hierfür wird der Abdruck des eigenen Fußes oder Schuhs mit einer Forderung versehen und nach Berlin geschickt. Am Kanzleramt werden die Abdrücke dann in Szene gesetzt und es entsteht ein eindrucksvolles Protestbild.

„Wir haben es satt!“-Sprecherin Saskia Richartz sagt: „Die bauern-, tier- und umweltfeindliche Agrarpolitik muss im kommenden Jahr abgewählt werden. Die gescheiterte EU-Agrarreform, das fortschreitende Höfe- und Artensterben und das katastrophale Abkommen mit den Mercosur-Staaten zeigen, wie das unionsgeführte Landwirtschaftsministerium die Agrarindustrie hofiert. Dass die nötigen Umbaumaßnahmen in der Landwirtschaft nicht angegangen werden, zerstört Existenzen und unsere Umwelt. Wir verlangen einen Rettungsplan für Bauernhöfe und Insekten und einen echten Politikwechsel.“

Pressemitteilung des bundesweiten Bündnisses „Wir haben Agrarindustrie statt!“ vom 04.12.2020. Quelle und weitere Informationen: <https://www.wir-haben-es-satt.de/presse>



**WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE**

## Tonergefahren

### **Wir haben ein Recht auf gesunde Luft im Innenraum**

Eine wissenschaftliche, unabhängige, ergebnisoffene Betrachtung der Wirkung von Laserdrucker-Emissionen wurde staatlicherseits bis heute nicht durchgeführt. Wir können aber über statistische Auswertungen der Daten ein deutliches Bild der Langzeitexposition abbilden. Hieran wollen wir intensiv weiterarbeiten.

In diesem Jahr nahmen Teammitglieder Termine wahr, um Kontakte auf- und auszubauen. Diese betrafen



**Internationale Stiftung**  
Für gesunde Raumluft,  
denn Atmen heißt Leben!

den Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Politik, Wissenschaft und Recht. Prof. Michael Braungart, Leuphana Universität Lüneburg gab uns wieder ein Portal mit Präsentation und Gesprächen im "Gallery Walk". Highlights waren sicher der Besuch der DGAUM Jahrestagung in München und der Besuch der Patientenbeauftragten der Bundesregierung in Berlin. Durch Lockdown fiel der eine oder andere Termin aus. Durchgeführt haben wir mit einigen Schwierigkeiten ein Teamtreffen in Niedersachsen. Zwei arbeitsreiche Tage werden zukünftig deutlicher zeigen, dass wir viele sind und auch mit einer Stimme sprechen können! Geplant sind für die Zukunft, Projektarbeiten in kleinen Teams. Wir freuen uns über jeden, der sich an der aktiven Arbeit beteiligen möchte. Machen Sie mit!

Aus dem Jahresbericht 2020 der Stiftung nano-Control. Quelle und vollständiger Bericht:  
<https://www.nano-control.org/jahresbericht-2020>

## Nachruf

### Wir trauern um Rashid Alimov

Mit großer Bestürzung haben wir aus Russland vom Tod unseres guten Freundes und langjährigen Mitstreiters Rashid Alimov erfahren. Rashid starb (am 17.12.2020) in einem Krankenhaus in St. Petersburg an den Folgen von Corona. Er wurde nur 40 Jahre alt. Nachruf mehrerer Initiativen und Verbände sowie von Greenpeace Deutschland:

<https://sofa-ms.de/?p=2018>,  
<https://www.greenpeace.de/themen/ueber-uns/trauer-um-rashid-alimov>

„Die Nachricht von Raschids Tod ist eine sehr traurige Nachricht und sie ist kaum zu glauben. Raschid hat sich gegen die Gefahren der unsichtbaren Radioaktivität engagiert und ist jetzt an den Folgen einer tückischen Viruserkrankung gestorben - ebenfalls eine unsichtbare Gefahr.

Ich hatte mehrfach mit Raschid in Gronau Kontakt. Wiederholt hat er hier die Proteste gegen die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage und die damit verbundenen Uranmülltransporte von Gronau nach Russland unterstützt. Es ist kaum zu glauben, dass diese langjährige Zusammenarbeit plötzlich nicht mehr möglich ist. Mein Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Freundinnen und Freunden in Russland und anderswo.“ **Udo Buchholz, Gronau, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz**  
Weitere Nachrufe unter <https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2020/12/20/wie-weiter-raschid-zum-tod-des-russlaendischen-anti-atom-aktivisten/#more-31455>



**Terminhinweise auf der BBU-Terminseite:** <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

**Impressum:** BBU-Newsletter Nr. 05 / 2020, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 11.01.2021. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [udo.buchholz@bbu-bonn.de](mailto:udo.buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an [udo.buchholz@bbu-bonn.de](mailto:udo.buchholz@bbu-bonn.de) abbestellen.